

**Antragsbuch der Gestaltungsmehrheit
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
in Mönchengladbach
zum Haushaltsentwurf 2010 und 2011**

Teil A: HSK

Auszug erstellt durch Bürgerzeitung Mönchengladbach, Redaktion Politik & Wirtschaft



*Im „Antragsbuch“ wurden die HSK-Maßnahmen nach den Seitenzahlen der „Papierversion“ der Kämmerei-Vorlage sortiert.
In der elektronischen Version (PDF) sind die ersten 20 Seiten nicht enthalten, so dass beispielsweise „HSK 37“ in der Papierversion in der elektronischen auf Seite 17 zu finden ist.*

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 37 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	060	040	Einkauf, sonstige zentrale Dienste	Abschaffung der farbigen Vordrucke (nur noch weißes Papier), Abschaffung des Recycling-Papiers und Digitalisierung von Vordrucken
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt den Verzicht auf den Einsatz von farbigem Papier. Der Einsatz von Recycling-Papier wird fortgeführt.</p> <p><u>Begründung:</u> Farbige Vordrucke stellen einen unnötigen Kostenfaktor für den Stadthaushalt dar. Recycling-Papier muss in der Verwaltung, gerade aus umwelttechnischen Aspekten, auch weiterhin verwendet werden.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 41 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	005				Zusammenlegung des Sozialamtes und des Amtes für Altenhilfe

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Statt "Zusammenlegung des Sozialamtes und des Amtes für Altenhilfe" wird ein neuer Fachbereich „Altenhilfe und Soziales" gebildet.

Begründung:

In dem neu zu bildenden Fachbereich Altenhilfe und Soziales sollen die Unterstützungsangebote im Dezernat V neu geordnet werden. In diesem gehen die Zuständigkeiten der bisherigen Fachbereiche Soziales und Wohnen sowie Altenhilfe auf, sodass durch Vereinfachung verwaltungsinterner Abläufe Effizienzsteigerung- und damit Kostenminimierung erreicht werden können. Dabei bleiben die Angebote des Fachbereiches Altenhilfe in der bisherigen Form bestehen. Insbesondere das niedrighschwellige Angebot von Beratungs- und Unterstützungsleistungen bleibt unverändert.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 44 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	090	010	Haushaltssteuerung	Verzinsung von Kleingartendarlehen
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Umweltausschuss, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Vergabe von Kleingartendarlehen soll weiterhin Zinslos erfolgen. Die Maßnahme der Verwaltung ist nicht umzusetzen.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 51 und 52 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	016	010	010	Steuern	Erhöhung der Grundsteuer A und Erhöhung der Grundsteuer B
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Grundsteuer A wird nicht erhöht. Die Grundsteuer B wird nicht erhöht.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 53 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	016	010	010	Steuern	Erhöhung der Gewerbesteuer
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Der Gewerbesteuerhebesatz wird nicht angehoben.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 54 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	016	010	010	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Anhebung der Hundesteuersätze auf Maximalwert
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Hundesteuer wird nicht um die vorgeschlagenen 30 bis 33 % sondern um 15 % ab 2011 erhöht.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 55 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	016	010	010	Steuern	Hotelsteuer
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Eine Hotelsteuer gemäß HSK Maßnahme Nr. 348 wird eingeführt. Sie ist jedoch an die MWSt. Reduzierung des Bundes für das Hotelwesen gebunden und fällt für den Fall deren Streichung wieder weg. Je 200.000,- € der jährlichen Erlöse werden an die MGMG weitergereicht, die eine Kampagne in Absprache mit der heimischen Hotelwirtschaft für den Tourismusstandort MG betreiben soll. Dabei ist eine Vernetzung der Aktivitäten mit der Region wünschenswert.</p> <p><u>Finanzwirksamkeit:</u> Mehreinnahmen: 1.000.000,- € Mehrausgaben: 200.000,- €</p> <p><u>Begründung:</u> Würde man die HSK Maßnahme 348 isoliert umsetzen steht zu befürchten, dass die Hotelwirtschaft in MG gegenüber den umliegenden Kommunen deutlich benachteiligt würde. Dies kann durch gezielte Werbemaßnahmen wenigstens teilweise kompensiert werden. Entsprechend Ausgestattet können durch die MGMG auch neue Kundenkreise für die Gladbacher Hotelwirtschaft erschlossen werden.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 58 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	015	010	Verwaltungsaufgaben der Stadtbezirke	Bezirksverwaltungsstellen-Reduzierung auf vier Standorte
Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 60 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	115	010	Meldewesen / Ausweisdokumente	Reduzierung von Außenstellen des FB 31

Beschlussentwurf:

Die Bezirksvertretungen Nord, Süd, Ost und West, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu denen in den beiden HSK - Maßnahmen aufgeführten Bereichen schnellstmöglich ein Konzept zur Neustrukturierung zu erarbeiten und vorzulegen
Dabei sind folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

- Prüfung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung
 - Prüfung von Synergieeffekten zur Reduzierung der Soll-Stellen
 - Überprüfung und Darstellung der Notwendigkeit dezentraler Angebotsstrukturen bei Erweiterung der Angebotsstrukturen in den beiden zentralen Bürgerservicestellen
- Prüfung und Darstellung der Möglichkeit städtische Gebäude (Bezirksverwaltungsstellen) aufzugeben bzw. einer anderen Nutzung zuzuführen sowie Darstellung alternativer Flächenbedarfe bei Standortwechsel.
 - Überprüfung der Notwendigkeit dezentraler Angebotsstrukturen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bevölkerungsstärken, der unterschiedlichen Flächenausdehnungen der Bezirke und der Erreichbarkeit der Bezirksverwaltungsstellen für die Einwohnerinnen und Einwohner.
 - Prüfung der Eignung der genutzten Gebäude insbesondere auf Barrierefreiheit.
 - Prüfung und Darstellung, wie eine hohe Qualität und Transparenz im Bereich des Bürgerservice erreicht werden kann.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 59 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	110	010	Standesamtliche Aufgaben-Geburten	Schließung der Servicestelle Rheydt (Standesamt)

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Servicestelle Rheydt wird nicht geschlossen, standesamtliche Aufgaben werden im Rathaus Rheydt zentralisiert. Dies schließt organisatorische Veränderungen und einen räumlichen Wechsel, die zu einer Verbesserung der Effizienz und Effektivität des Angebotes führen ausdrücklich mit ein.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 61 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	015	010	Verwaltungsaufgaben der Stadtbezirke	Reduzierung der bezirksbezogenen Einrichtungen
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Die Bezirksvertretungen Süd, Nord und West, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob die Hallen effektiver und effizienter durch die Marketinggesellschaft MGG, alternativ das städtische Gebäudemanagement bzw. Sportamt geführt werden können. Die optimierte Nutzung der Burggrafenhalle durch die im Bezirk Süd ansässigen Vereine bleibt bei einem Betreiberwechsel bestehen. Bei rein privaten Hallennutzungen ist die Vermietung an der Kostendeckung für die Stadt zu orientieren. Die Satzung ist entsprechend anzupassen.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 62 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	070	010	Verkehrslenkung u.-regelung sowie Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten	Anhebung der Verwaltungsgebühren aus dem Bereich Verkehrsregelung und –Lenkung

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
Der HSK-Vorschlag wird infolge weiterer Belastungen von Veranstaltern gestrichen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 63 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	070	010	Verkehrslenkung und -regelung	Verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Der Rat beschließt die verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung ausschließlich an Unfallschwerpunkten und insbesondere dort, wo Wege für Kinder und Senioren sicherer gemacht werden können. Die Verwaltung soll dem Rat einen Vorschlag unterbreiten, wie die anzuschaffenden Anlagen am effizientesten genutzt werden können. Die anzuschaffenden zwei Radarwagen sollen im Schichtbetrieb genutzt werden. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten zur Aufstellung einer festen Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf den Autobahnen im Mönchengladbacher Stadtgebiet zu prüfen und gegebenenfalls eine Genehmigung zu beantragen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 64 und 65 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	070	010	Verkehrslenkung und -regelung sowie Ahndung von Verkehrswidrigkeiten	Erhöhung der Parkgebühren und Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf die Bereiche außerhalb der Innenstädte
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Parkraumbewirtschaftungskonzept im I. Quartal 2011 zu erarbeiten und zu prüfen, ob eine moderate Parkgebührenanhebung möglich ist. Die hierzu im HSK erwarteten Konsolidierungsbeträge sind bis zur Vorlage des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes auf null zu setzen.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 84 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	008	040	020	Erhebung von Sportstättennutzungsentgelt für das Alterssportzentrum	Bereitstellung von Sportanlagen

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: In Zuge des Verzichts auf Erhebung von Sportstättennutzungsentgelten für Sportvereine HSK Seite 83 wird auch auf die Erhebung eines Sportstättennutzungsentgeltes für das Alterssportzentrum verzichtet.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 85 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	003	060	030	Schulbetrieb	Nutzung von Schulräumen außerhalb des Schulbetriebs reduzieren

Beschlussentwurf:

Der Schul- und Bildungsausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
 Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und darzustellen, welche Auswirkungen eine Reduzierung auf einen einzigen Schulstandort (Math. Nat. Gymnasium) für Abendveranstaltungen von Drittnutzern (hauptsächlich VHS und Musikschule) auf das Angebot der Nutzer hat, ob eine Reduzierung auf zwei Schulstandorte – je einen in Mönchengladbach (Math. Nat. Gymnasium) und Rheydt (Hugo Junkers Gymnasium) – möglich ist und welche Sparpotenziale bei der Reduzierung auf einen bzw. zwei Standorte erzielt werden können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 86 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	003	060	030	Schulbetrieb	Übertragung der Jugendverkehrsschule an Dritte

Beschlussentwurf:

Der Schul- und Bildungsausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und darzustellen, inwieweit die Jugendverkehrsschule Mönchengladbach an Dritte übertragen werden kann. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Erhaltung der bisherigen Qualität der Arbeit der Jugendverkehrsschule sichergestellt bleibt und die zu entrichtenden Entgelte für die Leistungen der Jugendverkehrsschule nicht erhöht werden.

Begründung:

Kinder von Grundschulen und Jugendliche von weiterführenden Schulen müssen weiter in geschützter Umgebung das richtige Verhalten im Straßenverkehr üben können. Hier hat die Jugendverkehrsschule Standards gesetzt, die zu erhalten sind, weil sie wesentlich besser für die Verkehrserziehung geeignet ist als ein Schulhof. Bei einer eventuellen Übertragung der Jugendverkehrsschule an Dritte ist sicherzustellen, dass die vorhandenen Standards auf jeden Fall beibehalten werden, dazu dürfen die Kosten für die Nutzer dieser Einrichtung nicht erhöht werden.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 93 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	008	040	030	Bäder	Reduzierung der Öffnungszeiten des „Vitusbades“

Beschlussentwurf:

Der Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird gebeten die Auswirkungen einer Reduzierung der Öffnungszeiten des „Vitusbades“ in den Randzeiten (06:00 Uhr und 22:00 Uhr) zu prüfen. Neben einem erwarteten Einspareffekt durch Reduzierung der Personalkosten, sind hierbei auch die möglichen Einnahmeverluste durch ausbleibende Badegäste (sog. „Frühschwimmer“) zu berücksichtigen. Die Neugestaltung der Öffnungszeiten sollte frühestens mit Wiederinbetriebnahme des Pahlkebades erfolgen. Hierbei ist auch zu prüfen, ob durch eine Abstimmung der Öffnungszeiten der städtischen Bäder Einsparpotentiale erschließbar sind.

Begründung:

Durch eine Neugestaltung der Öffnungszeiten lassen sich insbesondere Personalkosten reduzieren. Diesem Wert sind die Einnahmeverluste gegenüberzustellen, die sich durch Fernbleiben von Badegästen ergeben. Nach Fertigstellung des Pahlkebades ist zu bewerten, ob sich durch versetzte Öffnungszeiten in den dann verfügbaren städt. Bädern Bedarfe räumlich zusammenfassen lassen (z.B. rollierende Öffnungszeiten für Früh- und Spätschwimmer).

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 97 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	120	010	Gebäudeunterhaltung (Gebäudemanagement)	Zentralisierung des FB 40 an einem Standort

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
Die Verwaltung wird beauftragt ein Raumkonzept vorzulegen. Im Rahmen des Raumkonzeptes ist zu prüfen, ob der FB 40 zwecks Kosteneinsparung zentral an einem Standort untergebracht werden kann.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 99 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	060	010	Bereitstellung u. Vermittlung von Medien u. Informationen sowie Förderung v. Medienkompetenz u. Literatur	Erhöhung der Ausweis-, Leih- und Mahngebühren der Bibliothek

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 104 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	090	030	Erforschung und Vermittlung der Stadtgeschichte	Erhöhung der Entgelte für die Nutzung des Archivs
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 110 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	070	020	Präsentation und Vermittlung von Kunst und Kulturgut	Erhöhung der Gebühren für Veranstaltungen sowie der Eintrittspreise im Museum Abteiberg

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 112 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	080	020	Präsentation und Vermittlung von Kunst und Kulturgut	Erhöhung der Eintrittsgelder im Schloss Rheydt
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK / konsumtiv 114 und 116 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	040		Gebäudemanagement	Reduzierung von Raumkosten VHS und Musikschule Rheydt
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Der Rat stimmt der Maßnahme unter der Maßgabe zu, dass die Verwaltung konkrete Vorschläge zur künftigen Unterbringung der Einrichtungen in einer Innenstadt-Lage in Rheydt vorlegt.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 115 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	040	010	Kurse, Seminare, Einzelveranstaltungen	Erhöhung der Entgelte der VHS

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 117 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	050	010	Unterricht	Erhöhung der Entgelte für den Musikunterricht

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Ergänzend zu den Erläuterungen gilt eine Anhebung der Gebühren nicht für Personengruppen, die Ermäßigungstatbestände (MG Ausweis) geltend machen können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 119 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	040			Pauschale Reduzierung des Defizits der VHS um 5%

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Vor einer Umsetzung der Sparmaßnahme zur pauschalen Reduzierung des Defizits der VHS um 5% erläutert die Verwaltung im Fachausschuss, wie und in welchen Bereichen die Einsparung erzielt werden soll.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 121 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	005	060	030	Hilfen für besondere Personengruppen	Reduzierung der Transferleistungen an Asylbewerber

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird zur Senkung der Kosten für Krankenhilfen bei Asylbewerbern gebeten mit niedergelassenen Ärzten, welche eine Kassenzulassung besitzen Rahmenverträge zur medizinischen Versorgung des Personenkreises zu festen Kostensätzen in Anlehnung an die Sätze der gesetzlichen Krankenversicherung abzuschließen. Hierbei sind die unterschiedlichen medizinischen Fachrichtungen und die räumliche Verteilung der Standorte auf den Gesamtbereich der Stadt ausreichend zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird geprüft, inwieweit das Modell auch auf die in Mönchengladbach ansässigen Krankenhäuser angewendet werden kann.

Begründung:

Trotz rückläufigen Fallzahlen seit 2007 sind die durchschnittlich aufzuwendenden Kosten für Krankenhilfe bei dem Personenkreis der Asylbewerber stetig angestiegen. Durch die o.a. Rahmenvertragsregelung werden die zu erwartenden Kosten reduziert und quantifizierbar. Durch die Beschränkung der Inanspruchnahme auf Vertragsärzte bleibt eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung der Asylbewerber und die grundsätzliche freie Arztwahl gewährleistet.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 123 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	005	070	010	Gesetzliche Rentenversicherung	Verzicht auf die kommunale Rentenberatung

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

- 1) Die Rentenberatung wird mit dem vorhandenen Personal weiterhin ortsnah in den Bezirksverwaltungsstellen durchgeführt. Personal, welches ausscheidet wird nicht ersetzt. Der Stellenabbau erfolgt somit sozialverträglich.
- 2) Des weiteren prüft die Verwaltung, die Möglichkeit, für die Umsetzung des ortsnahen Bürgerservice, der DRV Rheinland, Räumlichkeiten in den Bezirksverwaltungsstellen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere dort wo es aufgrund der Regelung zu 1) kein städtisches Angebot mehr gibt. Dabei sind auch die Kosten für die Stadt darzustellen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 126 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	006	020	010	Offene Kinder- und Jugendarbeit in Einrichtungen	Optimierung des Angebots an Einrichtungen (Kinder- und Jugendarbeit)

Beschlussentwurf:

Der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit bis Ende 2011 ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, welches u.a. einen Freizeitstättenbedarfsplan sowie die Bedarfe an mobilen Angeboten beinhaltet. Bis zu Erstellung, Beratung und Beschließung dieses Gesamtkonzeptes ist sicherzustellen, dass die noch vorhandenen Angebote im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Qualität und Quantität erhalten bleiben. Die erforderlichen Mittel sind bereitzustellen.

Begründung:

Die freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit verweisen seit Jahren auf eine unzureichende Betriebskostenförderung ihrer Einrichtungen. Um weitere ungeplante und ggf. zu den Bedarfen konträr verlaufende Schließungen von Einrichtungen zu verhindern, soll bis zur Beschlussfassung über die oben genannte städt. Gesamtkonzeption das bisherige Angebot erhalten bleiben.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 129 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	006	030	010	Kinder-, Jugend- u. Familienberatung	Weihnachtsbeihilfe für Kinder und Jugendliche

Beschlussentwurf:

Der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Weihnachtsbeihilfe für Kinder und Jugendliche wird beibehalten. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sicherstellung und möglichen Aufwertung der Weihnachtsbeihilfe die Möglichkeiten privaten Sponsorings zu nutzen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK / konsumtiv 131 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	006	030	040 010 (konsumtiv)	Pflegeelterndienst	Verstärkte Anwerbung von Bereitschaftspflegeeltern und Pflegeeltern

Beschlussentwurf:

Der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt, der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie entwickelt gemeinsam mit der MGG ein Konzept zur verstärkten Anwerbung von Bereitschaftspflegeeltern und Pflegeeltern. Die Kampagne hat eine zweijährige Laufzeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne, die auf die MGG zu übertragen ist, werden über den Haushalt 200.000 Euro bereitgestellt.

Der Rat erwartet eine umfangreiche, zielgruppenorientierte Werbekampagne, mittels derer verstärkt Eltern geworben werden sollen, die Pflege oder Bereitschaftspflege für ein i.S.d. § 1909 Abs. 1 BGB pflegebedürftiges Kind zu übernehmen. Insbesondere sollen in Kindertageseinrichtungen und Familienzentren, auf Familienfesten und ähnlichen Veranstaltungen geeignete Eltern angesprochen und mittels Broschüren informiert werden.

Begründung:

Die Fallzahlen für das Bedürfnis nach Vollzeitpflege sind in Mönchengladbach in den vergangenen Jahren gestiegen. Obwohl die Gesetzeslage die Vollzeitpflege bei Pflegeeltern gegenüber der Heimunterbringung priorisiert, ist seitens des Jugendamtes ein Mangel an Bereitschafts- und Pflegeeltern zu verzeichnen. Die derzeitige Situation, demzufolge Kinder mangels Kapazitäten nicht ohne weiteres untergebracht werden können, ist aus jugendhilfepolitischer Sicht unzufriedenstellend. Ein Grund hierfür ist unter anderem, dass potentiellen Pflegeeltern die Möglichkeit der Aufnahme pflegebedürftiger Kinder kaum bekannt ist.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 139 und 140 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	013	070			Folgenutzung nicht mehr benötigter Friedhofsflächen und Veräußerung von Grünflächen auf Friedhöfen
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Umweltausschuss, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung legt ein städtisches Friedhofskonzept zur Beratung vor. In diesem Friedhofskonzept sind mögliche Lösungsansätze für eine Neuordnung der Friedhöfe und gebührensenkende Tatbestände zu erarbeiten.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 145 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	120	010	Gebäudeunterhaltung (Gebäudemanagement)	Aufgabe des Mietobjekts Wilhelm-Strauss-Straße 49 und Unterbringung des FB 14 in städtischen Räumen

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Raumkonzeptes zu prüfen, inwieweit das Mietobjekt Wilhelm-Strauss-Str. 49 aufgegeben und der FB 14 in städtische Räume umgesetzt werden kann.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK / konsumtiv 146 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	120	010	Gebäudeunterhaltung	Optimierung der Konzessions- und Stromlieferverträge
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Bau- und Planungsausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird aufgefordert, nicht nur bei Strom, sondern auch bei Gas Preisverhandlungen mit dem Lieferanten zu führen und zu prüfen, ob die Lieferung von Strom und Gas ausgeschrieben werden kann oder gar muss.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK / konsumtiv 147 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	120	010	Gebäudeunterhaltung	Erstellen eines Energiesparkonzeptes für Verwaltungs- und Schulgebäude
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Bau- und Planungsausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird aufgefordert, über die im HSK 2010/2011 auf Seite 147 beschriebenen Maßnahmen hinaus weitere Anstrengungen zur Einsparung von Energie zu unternehmen.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 148 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	120	010	Gebäudeunterhaltung (Gebäudemanagement)	Einrichtung eines zentralen Standortes für den FB 60 zur Verbesserung der Arbeitsabläufe
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Das Konsolidierungspotenzial durch die Einrichtung eines zentralen Standortes für den FB 60 soll geprüft werden. Dabei sind neben den primären Kosten der Standorte, insbesondere mittel- und langfristige Auswirkungen zu berücksichtigen, die durch Veränderung von Arbeits- und Einsatzwegen, Einsatzortferne und im Bereich der Bürgerfreundlichkeit einschließlich Erreichbarkeit entstehen. Eine Reduzierung auf weniger Standorte, aber mehr als einen Standort, soll ebenfalls geprüft werden.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 149 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	002	010	060	Öffentliche Bedürfnisanstalten	Kostendeckende Bereitstellung von Öffentlichen Bedürfnisanstalten

Beschlussentwurf:

Die Bezirksvertretungen Süd, Nord, Ost und West, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Betreiber von Gaststätten, Eisdielen und Geschäften bereit und in der Lage sind, die kostenfreie Mitnutzung ihrer Toiletten durch „Nichtkunden“ zuzulassen, wenn darüber eine Vereinbarung getroffen und eine angemessene Aufwandsentschädigung gewährt wird. Dazu sollen Gespräche mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und City Management geführt werden. Auf die Örtlichkeiten wird mittels Aufkleber oder Hinweisschilder geeignet hingewiesen. Bei den Planungen möge die Verwaltung darauf achten, dass möglichst viele Toiletten auch barrierefrei zu erreichen sind. Auf barrierefreie Toiletten und Wickelmöglichkeiten wird extra hingewiesen.

Ziel soll es sein weitestgehend öffentlich betriebene Toiletten zu ersetzen.

Finanzwirksamkeit:

Einsparpotenzial : 75.000 € jährlich

Begründung:

Bereits in vielen Gesprächen wurden wir als Politiker und Politikerinnen auf das Fehlen einer ausreichenden Anzahl von öffentlichen Toiletten in Mönchengladbach aufmerksam gemacht. Die Einrichtung, bauliche Unterhaltung und Reinigung öffentlicher Toiletten ist teuer und aufwändig. Insbesondere die fehlende Aufsicht führt zu Zerstörungen und Verschmutzungen. Die Beseitigung der Schäden durch Vandalismus ist für die Stadt sehr kostenintensiv. Daher sind immer mehr öffentliche Toiletten dauerhaft geschlossen.

Zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden haben daher das Modell „Die freundliche Toilette“ eingeführt, u.a. Halle, Bad Godesberg, Peine. Die Idee der freundlichen Toilette wurde zuerst in der schwäbischen Stadt Aalen entwickelt und unter dem Markennamen „Nette Toiletten“ 2002 eingeführt. Inzwischen wurde sie von über 60 Gemeinden und Städten übernommen. Die Verwaltung sollte versuchen, Inhaber von Gaststätten und Geschäften für dieses Modell zu gewinnen, damit sie ihre Toiletten zur Mitnutzung ohne Kauf oder Konsum für die Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Bei breiter Beteiligung könnten so viele Möglichkeiten geschaffen werden und lange Wege für die Besucherinnen und Besucher der Stadt vermieden werden.

Mit der Aktion „Die freundliche Toilette“ könnte die Stadt Mönchengladbach ihrer öffentlichen Aufgabe gerecht werden, Kosten zu sparen und ebenso Verschmutzungen in Parks, Anlagen, in Unterführungen, an Häuserwänden etc., die oftmals Ursache von fehlenden Toiletten sind, erheblich reduzieren.

Nach einem Jahr Anlaufzeit sollte ein Bericht im Planungs- und Bauausschuss gegeben werden, um ggf. das Angebot zu modifizieren oder anzupassen.

Mit erfolgreichem Einführen des Konzeptes „die freundliche Toilette“ werden auch die von der Firma Stoer für die Stadt MG betriebenen Toiletten aufgegeben. Die von den Gastronomen zuweilen vorgetragenen Bedenken bezüglich der vermeintlichen Aufgabe des Hausrechtes können durch klare vertragliche Vereinbarungen im Vorfeld der Akquise ausgeräumt werden.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 153 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	012	015	010	Betrieb und Unterhaltung von Verkehrsflächen und deren Ausstattung	Kosten der Straßenbeleuchtung reduzieren

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, den derzeitigen Beleuchtungsvertrag mit der NVV AG fristgemäß zu kündigen und mit dem Ziel der deutlichen Reduzierung der Kosten und der Einführung zeitgemäßer Technik der Straßenbeleuchtung nach einer Markterkundung entweder die Leistung auszuschreiben oder darzulegen, auf welche Weise die Straßenbeleuchtung zu günstigen Konditionen erfolgen kann.

Der Fachausschuss ist über die Ergebnisse der möglichen Markterkundung sowie der möglichen Ausschreibung zu informieren.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 154 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	013	005			Zentralisieren der Einsatzorte zur Nutzung von Synergien in der Organisation und Lagerhaltung im Bereich "Öffentliches Grün"

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit die Zentralisierung Potentiale hinsichtlich Lagerhaltung, Maschinen- und Personaleinsatz, Kosten der Gebäudeunterhaltung und der notwendigen Instandhaltung bietet und eine Zusammenlegung des Betriebshofes Schmölderpark zur Schwalmstraße möglich ist. Die möglichen Verkaufserlöse für das Grundstück im Schmölderpark sind darzustellen. Die Prüfung beinhaltet auch eine weitere Zusammenlegung von Einsatzstandorten an einen zentralen Standort.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 155 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	013	005	010	Unterhaltung von öffentlichen Grün	Überprüfung sämtlicher Kosten im Bereich Kleingartenwesen und Reduzierung auf das gesetzliche Minimum

Beschlussentwurf:

Der Umweltausschuss, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Übertragung der Budgetverantwortung mit dem Kleingärtnerverband zu vereinbaren.

Der Ansatz Ausbau von Kleingartenanlagen ist von 55.000 Euro auf 45.00 Euro und die Zuschüsse an übrige Bereiche von 7.600 Euro um 2.500 Euro auf 5.100 Euro zu reduzieren. Die Vergabe des jährlichen Kleingartenpreises ist sicherzustellen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 156 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	013	005	010	Unterhaltung von öffentlichen Grün	Brunnenpaten bzw. Stilllegung von Brunnen
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Umweltausschuss, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Absatz 1 der Erläuterungen wird wie folgt geändert: Für die städtischen Brunnen sollen Paten gefunden werden, die die laufenden Betriebskosten übernehmen. Ansonsten soll die Stilllegung der Brunnen geprüft werden.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 160 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	013	030	010	Bewirtschaftung u. Unterhaltung von kommunalen Waldflächen	Verkauf von Wald- und Forstflächen
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Umweltausschuss, der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung soll ein Konzept zur Ertragssteigerung des städtischen Forstes vorlegen unter Einschluss der Möglichkeit des Verkaufs von Teilflächen.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 164 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	009	010	030	Einbringung kommunaler Interessen in räumliche und funktionale Planungen Dritter	Verzicht auf die Teilnahme der „Floriade 2012“
<p><u>Beschlussentwurf:</u> Der Umweltausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Auf die Teilnahme an der „Floriade 2012“ wird nicht verzichtet. Die HSK Maßnahme ist demnach zu streichen. Die Verwaltung wird gebeten eine Übersicht über die Maßnahmen, die im Zuge der „Floriade 2012“ für Mönchengladbach geplant sind, vorzulegen.</p> <p><u>Begründung:</u> Eine gute regionale Zusammenarbeit mit den Partnern in den Niederlanden ist unabdingbar.</p>					

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 181 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	001	020	010	Verwaltungsvorstand	Reduzierung bzw. Aufgabe von Gratulationen/Ehrungen

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Alternativen für das kommende HSK 2011 zu prüfen

- Reduzierung der Gratulationen auf runde Geburtstage.
- Umstellung auf ein Gutscheinsystem.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt ein Konzept vorzulegen, ob und wie die finanziellen Aufwendungen für

1. Gratulationen bei Alters- und Ehejubiläen sowie bei Ehrungen verschiedener Art (Umfang: 57.000 Euro) und
 2. die Verleihung des Goldenen Schöffensiegels (Kosten 2010: 13.500 Euro)
- erheblich reduziert bzw. aufgegeben werden können.

Die Verwaltung soll ab den Haushaltsjahr 2011 ff. 25.000 Euro einsparen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK 192 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	012	030	010	Kommunale Verkehrsplanung	Standardreduzierung des ÖPNV / Nahverkehrsplan

Beschlussentwurf:

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
Der Nahverkehrsplan wird bis 2012 umgesetzt. Die Umsetzung hat zu Effizienzsteigerungen ohne Angebotskürzungen zu führen. Mit der Umsetzung sind mindestens 500.000 Euro einzusparen.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK u. Konsumtiv 83 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	008	040	020	Bereitstellung von Sportanlagen	Erhebung von Sportstättennutzungsgebühren

Beschlussentwurf:

Der Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:
Die gemeinnützigen Sportvereine in Mönchengladbach nutzen weiterhin die Sportstätten kostenlos.

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur effizienten und gerechten Nutzung von Sportanlagen und Hallen geeignete Regelungen zu entwickeln, die ab dem 1.1.2011 in Kraft treten können. Die „Satzung über die Benutzung von Sportanlagen und über die besondere Benutzung von Schulen der Stadt Mönchengladbach (Ortsrecht 40-2)“ sowie der „Tarif für die Benutzung von Sportanlagen und für die besondere Benutzung von Schulen der Stadt Mönchengladbach (Ortsrecht 40-3)“ sind dahingehend zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten.

Dem Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss ist bis Ende 2010 eine aktuelle Belegungserhebung inkl. der listenmäßig aufgeführten Nachweise nach § 5 Abs. 1 der Benutzungssatzung (40-2) vorzulegen. Diese soll Grundlage für die Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der Zuweisung von Übungszeiten in städtischen Hallen sein. Nur durch eine solche Erhebung ist ein völliger Überblick über den tatsächlichen Bedarf der Vereine und Sportgruppen an Übungszeiten möglich.

Per Satzung muss sichergestellt werden,

- dass die zweckentsprechende Belegung der zugeteilten Hallenstunden von der Stadt oder von ihr dazu besonders beauftragten Personen jederzeit überprüft werden kann;

- dass dem Sportamt bei Wegfall des Bedarfs unverzüglich Mitteilung gemacht wird. Bei generell zurückgehendem Bedarf sowie mangelnder Ausnutzung können Belegzeiten nach schriftlicher Bekanntgabe durch die Stadtverwaltung anderen Nutzern zugeteilt werden;
- dass bei der Vergabe der Hallenzeiten Kinder- und Jugendmannschaften in der Zeit von 16.00 Uhr bis 20.00 Uh vorrangig eingeordnet werden und
- dass die Vergabe je nach Sportart nach nachzuweisenden Mindestteilnehmerzahlen erfolgt.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK / Investitionsliste 94 / 1574 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	008	040	030	Bäder	Vorziehen von Bäderschließungen

Beschlussentwurf:

Der Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob unter der Voraussetzung für einerseits die Inbetriebnahme des Pahlkebades und andererseits wegen rückläufiger Schülerzahlen, die beschlossenen Bäderschließungen vor den Abschluss der Sanierung des Hallenbades Rheindahlen vorgezogen werden können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK Neu SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	004	040			Übertragung der schulabschlussbezogenen Angebote der VHS auf das Weiterbildungskolleg

Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Schul- und Bildungsausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die schulabschlussbezogenen Angebote der Volkshochschule auf das Weiterbildungskolleg übertragen werden können.

Seite/Antragsteller	Produktbereich	Produktgruppe	Produktbezeichnung	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme
HSK Neu SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	016				Wegfall Anteil an den Fonds deutsche Einheit

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Mönchengladbach beschließt ab 2010 den gesetzlich festgelegten Beitrag für den Fonds deutsche Einheit nicht mehr zu akzeptieren. Die Verwaltung wird aufgefordert, möglichst im Verbund mit anderen betroffenen Kommunen zu prüfen, ob der Rechtsweg gegen die Zahlung für den Fond deutsche Einheit beschritten werden kann.

Die Stadt steht auf Grund der dramatischen Haushaltslage kurz vor der drohenden Überschuldung. Der Rat hält es für unzumutbar, dass die Zahlung von rund 10 Mio. Euro jährlich per Kredite zu finanzieren sind, während gleichzeitig dringend notwendige Maßnahmen in der Stadt nicht mehr finanziert werden können.

Bei einem Wegfall des städtischen Anteils am Fonds deutsche Einheit ist mit einer Konsolidierung in Höhe von 9.350.000 Euro in 2010, 9.720.000 Euro in 2011, 10.120.000 Euro in 2012, 10.520.000 Euro in 2013 und 10.950.000 Euro in 2014 zu rechnen.